

juQuest

Trends zur Jugendwohlfahrt

Ergebnisse der vierten ExpertInnenbefragung
durchgeführt im Juli 2005

zusammengestellt von Dr. Hermann Putzhuber

SOS-Kinderdorf/Fachbereich Pädagogik/Sozialpädagogisches Institut
Innsbruck, März 2006

Inhalt

1. Vorbemerkungen	2
1.1. Die Fragen	2
1.2. Die TeilnehmerInnen.....	4
1.3. Wo arbeiten die befragten ExpertInnen	5
1.4. Zur Auswertung.....	6
2. Illustrationen zur Ausgangssituation	7
3. Ergebnisse der 4. JU-Quest-ExpertInnenbefragung.....	10
3.1. Der finanzielle Rahmen wird enger	10
3.2. Indizien für den enger werdenden finanziellen Rahmen.....	10
3.2.1. Ein allgemeiner Knappheitsdiskurs	11
3.2.2. Eine Dominanz der Finanzen	11
3.2.3. Konkrete Sparmaßnahmen	11
3.3. Ein Blick zurück – die Entwicklung der Angebote.....	14
3.3.1. Erweiterung und Ausdifferenzierung	14
3.3.2. Einschränkungen	15
3.4. Große Träger haben's leichter	16
3.4.1. Große Träger haben einen Vorteil.....	16
3.4.2. Es gibt Möglichkeiten für kleine Träger	17
3.5. Schlussfolgerungen	18
3.5.1. Einschränkungen und negative Entwicklungen.....	18
3.5.2. Positive Aspekte	20
3.5.3. Handlungsperspektiven	20
4. Die Antworten quer gelesen – ein Stimmungsbild.....	24
4.1. Die Entwicklung in den letzten Jahren.....	24
4.2. Die aktuelle Situation	24
4.3. Perspektiven: Wohin könnte oder sollte es gehen.....	25
5. Ausblick	26
Anhang.....	27
Das Projekt JU-Quest: eine Kurzinformation	

1. Vorbemerkungen

Das 2002 gestartete Projekt JU-Quest möchte einen Beitrag zur Diskussion über die Jugendwohlfahrt in Österreich leisten. Ein Teil der Aktivitäten sind jährliche Online-ExpertInnenbefragungen zu Entwicklungen in der Jugendwohlfahrt. Bisher wurden drei Befragungen durchgeführt. Die erste Befragung versuchte mit fünf offenen Fragen einen ersten Überblick zu erlangen, die beiden nächsten Befragungen zielten stärker quantitativ orientiert auf einzelne Themen, die bei der ersten Befragung als dominant erschienen. Fasst man nun diese drei JU-Quest-Befragungen zusammen, so lassen sich einige allgemeinere Trenderaussagen herausfiltern:

- Die schon manifesten oder sich abzeichnenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialpolitischen und rechtlichen Veränderungen bringen eine Reihe von neuen Herausforderungen für die Jugendwohlfahrt.
- Das Geld wird knapper.
- Um die Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können, braucht es neue Strukturen.
- Notwendig ist ein vielfältiges, flexibles Angebot.
- Professionalisierung und Qualitätssicherung sind auch in der näheren Zukunft relevante Themen.

In der Steuerungsgruppe von JU-Quest wurde im Frühjahr 2005 entschieden, zwei Themen aufzugreifen und weiter zu differenzieren. Das erste Thema ist die Frage der Finanzierung, das zweite die immer wieder angesprochenen strukturellen Veränderungen.

Die Frage struktureller Veränderungen wurde als Schwerpunkt der Befragung 2006 festgelegt. Bei der Befragung 2005 wurden Fragen rund um die Finanzierung der Jugendwohlfahrt in den Mittelpunkt gestellt. Ziel war, hier weiter in die Tiefe zu gehen und differenzierter zu erheben, wie sich die aktuelle finanzielle Situation darstellt, wo konkret Probleme manifest werden, wo die Befragten persönlich den knapper werdenden Rahmen spüren und welche Auswirkungen die Finanzen auf die Gestaltung der Jugendwohlfahrt haben.

Die bisherigen Befragungsergebnisse deuteten auf zum Teil große Unterschiede in der Ausgestaltung von Angeboten, in der Einschätzung der Bedeutung einzelner Entwicklungen aber auch bei grundsätzlichen strategischen Ausrichtungen und Haltungen hin. Um hier ein differenzierteres Bild zu erhalten, wurde bei der nunmehr vierten Befragung wieder zu offenen Fragen gegriffen. Wohl wissend um den damit verbundenen Aufwand, wurden die TeilnehmerInnen um ausführlichere Antworten gebeten. Sie sollten in Bezug auf drei Themen ihre Sicht der Dinge darlegen, ihre Einschätzungen begründen und formulieren, welche Folgen sie für sich, für ihren Arbeitsbereich, für die KlientInnen, mit denen sie zu tun haben, und letztendlich für die Jugendwohlfahrt in Österreich insgesamt sehen bzw. aus ihrer Einschätzung ableiten.

1.1. Die Fragen

Ausgangspunkt für die Konzeption des Fragebogens war einerseits die Feststellung, dass in absoluten Zahlen jedes Jahr mehr Geld für Jugendwohlfahrt ausgegeben wird, andererseits die allgemeine Einschätzung bei den bisherigen Befragungen, dass der finanzielle Rahmen zunehmend enger wird. In diesem Kontext stellte sich die Frage, wie und wo die TeilnehmerInnen in ihrem Arbeitsfeld wahrnehmen, dass der Rahmen enger wird und welche Schlüsse sie daraus ziehen.

- Welche Indizien sprechen für Sie dafür, dass der finanzielle Rahmen für die Jugendwohlfahrt enger wird, wo erleben Sie es in Ihrem Erfahrungsbereich?
- Was bedeutet das für Sie, für Ihren Arbeitsbereich und für Ihre KlientInnen? Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie daraus?

Ein enger werdender Rahmen wurde in den bisherigen Befragungen sowohl positiv als auch negativ gesehen. Negativ z.B. in dem Sinne, dass Leistungen eingeschränkt werden und auf Bedürfnisse nicht mehr adäquat eingegangen werden kann. Positiv wurde der finanzielle Druck in dem Sinne verstanden, dass er zu vielleicht längst überfälligen Anpassungen drängt und letztendlich zu bedarfsgerechteren und effektiveren Angeboten führt. Darauf aufbauend zielte ein Fragenkomplex darauf, differenzierter die Einschätzung der TeilnehmerInnen zu erhalten, wie sich die Angebote in den letzten Jahren entwickelt haben und welche Schlussfolgerungen sie daraus ziehen.

- In wie weit sind Ihrer Einschätzung nach in den letzten 5 Jahren effektive Antworten auf die Bedürfnisse der KlientInnen gefunden worden?
- Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie daraus?

Zu guter Letzt wurde der finanzielle Druck auch mit strukturellen Veränderungen in der Trägerlandschaft in Verbindung gebracht, konkret mit der Erwartung eines Konzentrationsprozesses bei den freien Trägern. Da auch hier die Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich zu sein scheinen wurde ein solcher möglicher Trend zum Thema gemacht und nach der Wahrnehmung der TeilnehmerInnen gefragt. Ebenso wurde auf der Basis der ersten drei Befragungen angenommen, dass auch die Einschätzungen sehr unterschiedlich sein dürften, wie weit ein solcher Prozess gehen kann und wie sinnvoll eine Konzentration von freien Trägern bzw. umgekehrt eine breite Palette an Anbietern von Jugendwohlfahrtsleistungen ist. Dementsprechend wurde auch hier nach den Einschätzungen bzw. Schlussfolgerungen gefragt.

- Überleben wirklich nur die großen Träger oder sehen Sie auch andere Entwicklungen?
- Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie daraus?

Abgeschlossen wurde der Fragebogen mit den schon üblichen statistischen Fragen. Zum einen wurden die TeilnehmerInnen um eine Zuordnung ersucht, ob er/sie im unmittelbaren Jugendwohlfahrtsbereich oder in angrenzenden Arbeitsfeldern tätig ist. Zum anderen wurden sie um die Angabe des Bundeslandes gebeten, in dem er/sie schwerpunktmäßig tätig ist. Um die Beantwortung etwas zu erleichtern, wurde dieses Mal ein kommerzielles, webbasiertes Befragungsinstrument verwendet. Dies bot den TeilnehmerInnen die Möglichkeit, die Beantwortung der Fragen auch zu unterbrechen und zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen.

1.2. Die TeilnehmerInnen

JU-Quest möchte das Wissen und die Einschätzungen von ExpertInnen zusammentragen. Als ExpertInnen in Jugendwohlfahrtsfragen werden dabei alle Menschen angesehen, die beruflich in Feldern der Jugendwohlfahrt bzw. in angrenzenden Bereichen involviert sind und die ein Interesse haben, sich an der Weiterentwicklung der Jugendwohlfahrt in Österreich zu beteiligen. Die Befragungen wenden sich daher an

- Fachleute, die im unmittelbaren Jugendwohlfahrtskontext arbeiten, also in den Feldern, die im Jugendwohlfahrtsgesetz definiert sind und
- Fachleute, die in angrenzenden Arbeitsfeldern, wie z.B. in der Kinder- und Jugendpsychiatrie oder in Ausbildungseinrichtungen, tätig und in ihrer Arbeit immer wieder mit Jugendwohlfahrtsfragen konfrontiert sind.

Dabei soll das gesamte Spektrum von TeilnehmerInnen aus der unmittelbaren Arbeit mit KlientInnen bis zu TeilnehmerInnen auf Leitungsebene angesprochen werden.

Ein wesentliches Kriterium für die Zusammensetzung der Gruppe der BefragungsteilnehmerInnen ist eine größtmögliche Breite. Alle Bundesländer und möglichst viele Arbeitsfelder der Jugendwohlfahrt bzw. angrenzender Bereiche sollen vertreten sein. Die TeilnehmerInnen wurden bisher im „Schneeballsystem“ erreicht. Sie wurden in der Regel persönlich angesprochen und für das Projekt gewonnen. Nach jeder Befragung wurden die TeilnehmerInnen wiederum ersucht, neue InteressentInnen zu kontaktieren.

Für die vierte Befragung wurden insgesamt 106 ExpertInnen angeschrieben. Davon erwiesen sich vier Schreiben als unzustellbar, da die E-Mail-Adressen nicht mehr gültig waren. In der Folge war dann entweder keine neue Adresse eruierbar, oder es stellte sich heraus, dass die AdressatInnen in der Zwischenzeit ihr Arbeitsfeld gewechselt hatten und als BefragungsteilnehmerInnen nicht mehr zur Verfügung standen. Die Einladungen für die Befragung samt dem Link auf den Fragebogen wurden Anfang Juli ausgeschickt, mit der Bitte, den Fragebogen bis Ende Juli auszufüllen. Anfang August wurden die TeilnehmerInnen erneut kontaktiert, entweder um ihnen für die Teilnahme zu danken oder sie an den Fragebogen zu erinnern. Letztendlich wurde der Fragebogen Ende September endgültig geschlossen und aus dem Netz genommen.

Bis zu diesem Zeitpunkt sind 51 Antworten eingegangen, die sich folgendermaßen auf die Bundesländer verteilen:

Bundesland	Anzahl	Prozent
Burgenland	2	3,9%
Kärnten	1	2,0%
Niederösterreich	4	7,8%
Oberösterreich	2	3,9%
Salzburg	6	11,8%
Steiermark	18	35,3%
Tirol	8	15,7%
Vorarlberg	6	11,8%
Wien	4	7,8%
Summe	51	100,0%

Bereinigt man das Sample um die nicht erreichbaren AdressatInnen (n=4) sowie diejenigen ExpertInnen, die bisher noch keine einzige Befragung beantwortet haben (n=12), so ergibt

sich ein aktueller TeilnehmerInnenstand von 90 ExpertInnen und ausgehend davon eine Rücklaufquote von 56,6%.

Dieser vergleichsweise hohe Rücklauf ist zum einen sicherlich darauf zurückzuführen, dass hier in der Regel über persönliche Kontakte eine Teilnahme zustande gekommen ist. Zum anderen spiegelt sich darin aber auch das große Interesse der TeilnehmerInnen wider.

Besonders auffällig ist der hohe Anteil an TeilnehmerInnen aus der Steiermark. Hier ist das Engagement der „werbenden“ TeilnehmerInnen und Mitglieder der Steuerungsgruppe besonders zu würdigen. Die Unterrepräsentanz mancher Bundesländer ist aber auch Anlass für weitere Bemühungen, speziell aus diesen Bundesländern neue TeilnehmerInnen zu gewinnen.

Inhaltlich wurde es durch den überdurchschnittlich hohen Anteil an Antworten aus einem Bundesland natürlich notwendig, die Ergebnisse auch immer darauf zu überprüfen, ob hier spezifisch steiermärkische Themen überrepräsentiert sind und das Gesamtbild verfälschen. Von den Grundtendenzen her, die die Auswertung ergeben haben, ist dabei keine Verfälschung sichtbar geworden. Die zentralen Themen finden sich in allen Bundesländern und auch Unterschiede in den Einschätzungen einzelner Entwicklungen aufgrund unterschiedlicher Perspektiven zeigen sich parallel. Der einzige deutliche Unterschied zu den Antworten aus den anderen Bundesländern ist der, dass in den Antworten der steirischen TeilnehmerInnen durchgängig und konkret auf ganz aktuelle Entwicklungen Bezug genommen wurde. Dies sind die Leistungs- und Entgeltverordnung LEVO, der neue Jugendwohlfahrtsplan, aktuelle Dienstanweisungen vor dem Hintergrund leerer Kassen sowie die Projekte Sozialraumorientierung und Lebensqualitätsindikatoren in Graz.

1.3. Wo arbeiten die befragten ExpertInnen?

Von den 51 TeilnehmerInnen die geantwortet haben, haben sich 39 (das sind 76,5%) dem unmittelbaren Jugendwohlfahrtsbereich zugeordnet, 12 (das sind 23,5%) haben angegeben, dass sie in Arbeitsfeldern tätig sind, die im Nahbereich der Jugendwohlfahrt angesiedelt sind.

Im unmittelbaren Jugendwohlfahrtsbereich vertreten sind MitarbeiterInnen der Jugendwohlfahrtsbehörden (sowohl auf Landes- bzw. Magistratsebene, als auch auf der Ebene der Bezirksverwaltung), dazu unterschiedliche Einrichtungen aus dem Fremdunterbringungsbereich (stationäre Einrichtungen für Kinder- und Jugendliche, für lang, mittel- und kurzfristige Unterbringungen sowie eine diagnostische Einrichtung), Einrichtungen der ambulanten Familienarbeit und des Pflegekinderwesens, Beratungsstellen und niederschwellige Einrichtungen, Kinder- und Jugendanwaltschaften sowie eine Einrichtung der Elternberatung. Tendenziell sind in den verschiedenen Feldern TeilnehmerInnen mit Leitungsfunktion oder solche, die in Bereichen wie der Qualitätsentwicklung/-sicherung tätig sind, sehr stark vertreten. Vor allem im Bereich der Jugendwohlfahrtsbehörden ist es aber gelungen, auch viele SozialarbeiterInnen zu gewinnen.

Bei denen, die sich dem Nahbereich der Jugendwohlfahrt zugeordnet haben, liegt ein Schwerpunkt im Bereich der Ausbildung von SozialpädagogInnen und SozialarbeiterInnen sowie von Pflege- und Adoptiveltern. Daneben finden sich auch Fachleute, die in den Bereichen Beratung und Begleitung von Kindern und Jugendlichen, Streetwork, Kinder- und Jugendpsychiatrie oder auch der Bezirksverwaltung tätig sind sowie eine/n VertreterIn eines Netzwerkes von jungen Menschen mit Fremdunterbringungserfahrung.

Insgesamt ist mit dieser Verteilung eine relativ große Breite an Zugängen und Perspektiven gegeben.

1.4. Zur Auswertung

Offene Fragen, die schriftlich beantwortet werden sollen, stellen nicht nur für die Befragten eine besondere Herausforderung dar, sondern auch für die Auswertung. Die TeilnehmerInnen wurden im Vorspann des Fragebogens ersucht, möglichst ausführlich zu antworten und auf Stichworte so weit als möglich zu verzichten. Erwartungsgemäß sind aber dennoch eine Vielzahl an recht kurzen, stichwortartig formulierten Antworten eingegangen. Insgesamt sind so mit allen Fragen und teilweise vorhandenen Anmerkungen ca. 40 A4-Seiten Text zusammengekommen. Dieses Material wurde in der Folge software-unterstützt (MaxQda) aufgearbeitet. Dabei wurden einzelnen Textpassagen so genannte „Codes“ zugeordnet und dadurch ein erster Extraktionsprozess durchgeführt. Im Zuge dieser Arbeiten veränderten sich auch Codes wieder, wurden erweitert oder verengt, einzelne Codes wurden zusammengefasst, andere wieder ausdifferenziert.

In der Folge wurden aus den Codes bzw. den dazu gehörigen Textpassagen Antwortgruppen gebildet. Letztendlich entstand auf diese Weise eine beschreibende Darstellung der Antworten auf die einzelnen o.a. Fragen. Wie bereits erwähnt, wurde im Zuge dieser Arbeit auch immer wieder überprüft, ob die Darstellung stimmig ist oder durch das Übergewicht von Antworten aus der Steiermark in die eine oder andere Richtung verfälscht sein könnte.

In einem weiteren Schritt wurden die Antworten dann noch ein Mal „quer gelesen“ in dem Sinne, dass darauf geachtet wurde, wo – unabhängig von der Frage – Aussagen über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gemacht wurden. Daraus wurde, wiederum unter Berücksichtigung möglicher Überdeterminierungen durch die steirische Situation, ein Stimmungsbild zur Entwicklung der Jugendwohlfahrt in Österreich abgeleitet.

Insgesamt bleibt die Auswertung auf einer beschreibenden Ebene. Im Folgenden wird versucht darzustellen, wie die befragten ExpertInnen die aktuelle Situation der Jugendwohlfahrt in Österreich allgemein bzw. in ihrem jeweiligen Bundesland oder Arbeitsbereich speziell wahrnehmen und welche Überlegungen sie aus ihrer jeweiligen Einschätzung ableiten.

2. Illustrationen zur Ausgangssituation

Das Thema der Finanzierung von Jugendwohlfahrtsleistungen zieht sich von der ersten Befragung an durch. Sparen, Sparzwänge, mögliche Reduktion von Leistungen, Entprofessionalisierung, Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten effizienter zu arbeiten sind nur einige Aspekte. Hier wollte die Befragung 2005 noch einmal etwas differenzierter hinschauen und versuchen, so konkret wie möglich in Erfahrung zu bringen, wie und wo die TeilnehmerInnen die immer wieder erwähnte angespannte Finanzsituation wahrnehmen – auch im Hinblick darauf, dass die Jugendwohlfahrtsbudgets der Länder grundsätzlich steigen.

Die Aktualität des Themas zeigt sich auch daran, dass die Finanzierung der Jugendwohlfahrt und das Thema Sparen in der Jugendwohlfahrt auch andernorts zur Debatte gestellt wird. Für die Ausgabe 3/2005 der Zeitschrift „Sozialpädagogische Impulse“ wurden alle Jugendwohlfahrtsreferate der Länder angeschrieben und um die Beantwortung der folgenden drei Fragen gebeten:

- „1. Gibt es seitens der Politik Vorgaben zur Einsparung?
2. Mit welchen Maßnahmen reagieren Sie auf diese Vorgaben?
3. Inwieweit befürchten Sie in Folge dieser Maßnahmen Qualitätsminderungen in der sozialpädagogischen Arbeit?“ (Sozialpädagogische Impulse 3/2005, S. 10)

Fünf von neun JugendwohlfahrtsreferentInnen haben auch mehr oder weniger ausführlich geantwortet.

Als Grundtenor der fünf Antworten lässt sich ablesen, dass alle mit engen Finanzrahmen konfrontiert sind, aber unterschiedliche Schwerpunkte im Umgang damit setzen. Durchgehend wird betont, dass eine Beeinträchtigung oder Einschränkung der Qualität der Leistungen bzw. der Standards nicht zur Debatte steht. Zumindest von zwei Bundesländern wird berichtet, dass die Jugendwohlfahrtsreferate dezidiert zum Sparen angehalten werden, was sie auf unterschiedlichen Wegen versuchen. Andere betonen stärker Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit als Grundanforderungen an Verwaltungshandeln. Hingewiesen wird auch auf Herausforderungen und mögliche Gefahren. Insgesamt entsteht so ein Bild von unterschiedlichen Schwerpunkten, Strategien und Entwicklungen aber mit einem gemeinsamen Hintergrund: Keiner schöpft aus dem Vollen und alle stehen vor großen Herausforderungen.

Hingewiesen wird auch auf steigende Budgets. Konkrete Zahlen sind nicht in allen Bundesländern leicht zu bekommen. An drei Beispielen – nämlich der Entwicklung der Jugendwohlfahrtsausgaben in Tirol, Salzburg und der Steiermark – lässt sich zum einen aber eine Grundtendenz ablesen, nämlich dass die Ausgaben tendenziell steigen. Deutlich wird aber auch, dass die Situation in den verschiedenen Bundesländern unterschiedlich ist. So wurden in Salzburg im Jahr 2000 die Ausgaben deutlich gebremst mit dem Effekt, dass im Jahr 2003 die Ausgaben noch unterhalb von denen des Jahres 1999 lagen. Seitdem sind nach den Ausführungen des Landesjugendwohlfahrtsreferenten die Budgets wieder gestiegen.

Tirol:

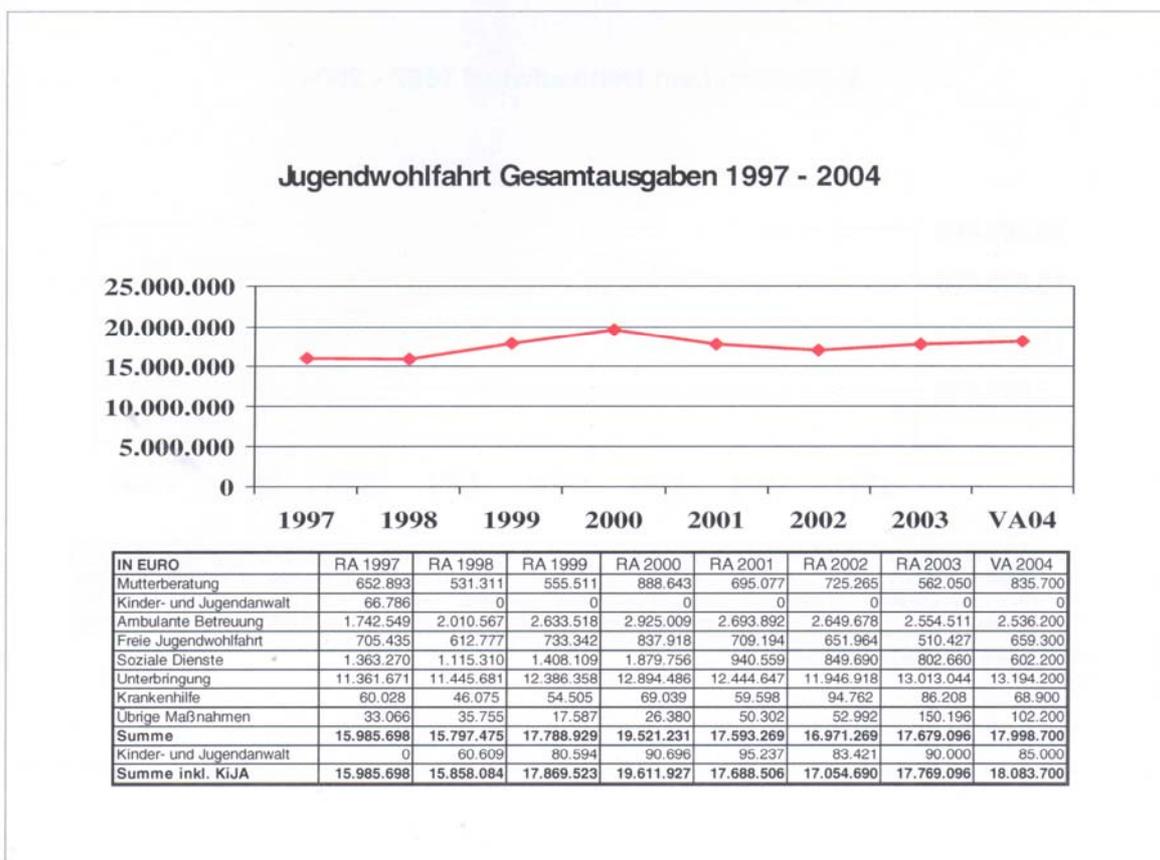
Bei der Aufstellung der Gesamtausgaben für die Jugendwohlfahrt in Tirol fällt zum einen die kontinuierliche Steigerung der Ausgaben auf, zum anderen auch, dass die größten Steigerungen im Bereich der Aufwendungen für Volle Erziehung zu verzeichnen sind.

	Aufwendungen für Volle Erziehung	Aufwendungen für Pflegegeld	Aufwendungen für Unterstützung der Erziehung	Gesamtausgaben
1995	€ 5.896.981	€ 1.663.170	€ 2.031.975	€ 9.592.126
1996	€ 6.222.399	€ 1.734.458	€ 1.886.559	€ 9.843.417
1997	€ 6.351.820	€ 1.648.450	€ 2.006.404	€ 10.006.673
1998	€ 8.020.364	€ 1.650.204	€ 2.622.700	€ 12.293.268
1999	€ 8.176.078	€ 1.725.891	€ 2.303.043	€ 12.205.011
2000	€ 8.176.369	€ 1.798.199	€ 2.578.020	€ 12.552.587
2001	€ 8.843.826	€ 1.725.851	€ 2.585.681	€ 13.155.357
2002	€ 9.272.254	€ 1.890.210	€ 2.352.107	€ 13.514.570
2003	€ 10.532.808	€ 1.753.886	€ 2.631.139	€ 14.917.833
2004	€ 10.755.888	€ 1.755.766	€ 2.746.561	€ 15.258.215

Quelle: Amt der Tiroler Landesregierung, Sozialbericht 2003/2004

Salzburg:

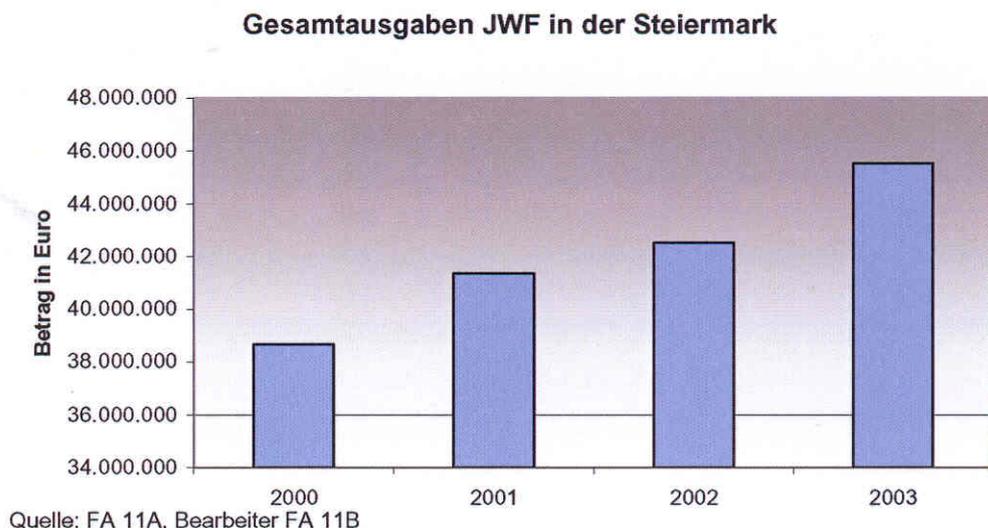
In der Aufstellung der Gesamtausgaben für die Jugendwohlfahrt in Salzburg ist zum einen der deutliche Einschnitt von 2000 bis 2002 auffällig. Sichtbar wird aber auch eine ansteigende Tendenz ab 2002 und im Vergleich mit der Aufstellung von Tirol die unterschiedliche Aufschlüsselung der Ausgaben.



Quelle: Land Salzburg, Sozialbericht 2003

Steiermark:

Bei der Zusammenstellung der Gesamtausgaben für die Jugendwohlfahrt in der Steiermark wird leider keine Aufschlüsselung auf einzelne Bereiche sichtbar, wohl aber die kontinuierliche Steigerung der Ausgaben.



Quelle: Steiermärkischer Jugendwohlfahrtsplan 2005

Dieses Bild einer alle mehr oder weniger betreffenden Grundtendenz mit unterschiedlichen Ausgestaltungen und Schwerpunktsetzungen findet sich auch in den Antworten der im Rahmen von JU-Quest befragten ExpertInnen. Im Folgenden soll nun versucht werden, die Antworten auf die drei Fragenkomplexe deskriptiv zusammenzufassen.

Dabei wurden die Schlussfolgerungen zu den ersten beiden Fragen zusammengefasst, da sie sich inhaltlich über weite Strecken überschneiden haben.

3. Ergebnisse der 4. JU-Quest-ExpertInnenbefragung

3.1. Der finanzielle Rahmen wird enger

Von den meisten TeilnehmerInnen der Befragung wurden Indizien für einen enger werdenden finanziellen Rahmen angegeben. Die Zugänge sind aber zum Teil verschieden, Sichtweisen differieren, und die Antworten lassen auch den Schluss zu, dass es zum Teil große regionale Unterschiede gibt bzw. unterschiedliche Bereiche bzw. Arbeitsfelder unterschiedlich betroffen sind. Während etwa in der Steiermark und im Burgenland ein massiver Druck spürbar wird, wird ein solcher für Tirol zwar als vorhanden, aber (noch) nicht so dramatisch beschrieben. Als besonders schwierig wird die Situation in Graz dargestellt, wobei auf der Basis der vorhandenen Rückmeldungen nicht festgestellt werden kann, ob Graz die einzige Stadt mit solchen Problemen ist. Natürlich ist eine solche Einschätzung abhängig von den jeweils erfassten Befragten und insofern nicht zu generalisieren: MitarbeiterInnen einer Einrichtung, die aufgrund schwindender Subventionen mit dem Überleben kämpfen, würden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch die Situation in Tirol als dramatisch beschreiben.

Vereinzelt wurde aus dem jeweiligen Arbeitsfeld beschrieben, dass ein finanzieller Druck nicht spürbar wäre. Konkret betrifft dies den Ausbildungsbereich für SozialpädagogInnen sowie einzelne „Nischenangebote“.

Deutlich wurde aus den Antworten, dass der Begriff „finanzieller Rahmen“ alltagssprachlich zwar mehr oder weniger gleich verstanden wurde, für eine Diskussion aber noch präzisiert werden muss. Es wurde bei verschiedenen Antworten festgestellt, dass der finanzielle Rahmen nicht enger werde. Verwiesen wird dabei aber auf die steigenden Kosten, die bei gleich bleibenden oder nur mäßig wachsenden Budgets natürlich den Druck erhöhen und zu Prioritätensetzungen nötigen. In diesem Kontext wird z.B. formuliert, dass gedeckelte Budgets seit Jahren eine Realität seien, aber die Kosten steigen oder dass der Rahmen wahrscheinlich gehalten werden könne, aber es mehr Druck auf Effizienz und Effektivität geben werde. Angebote seien qualitätsvoller und damit schlichtweg teurer geworden, neue KlientInnengruppen seien dazugekommen und gesellschaftliche Entwicklung schafften neue Anforderungen. Andererseits wurde aber auch festgestellt, der finanzielle Rahmen würde nicht einmal ausgenutzt – die Budgets regelmäßig unterschritten.

Je nach Perspektive wird das vorhandene Budget als finanzieller Rahmen bezeichnet und in der Regel wird dieser Rahmen nicht kleiner. Aus einer anderen Perspektive wird gesehen, dass für bestehende Angebote weniger Geld zur Verfügung steht, neue Angebote nicht realisiert werden können oder Tagsatzverhandlungen schwierig sind und dies so interpretiert, dass der Rahmen enger wird.

Gemeinsame Wahrnehmung aller dürfte aber sein, dass der finanzielle Spielraum kleiner wird und die Finanzen den Raum von Möglichkeiten stärker einschränken, als dies „früher“ der Fall gewesen sein dürfte. In diesem Sinne kann – unabhängig von Budgetsteigerungen - von einem wahrnehmbar enger werdenden finanziellen Rahmen gesprochen werden.

3.2. Indizien für den enger werdenden finanziellen Rahmen

Je nach Arbeitsbereich, Position, persönlicher Involviertheit und möglicherweise auch weltanschaulichem Hintergrund wird der enger werdende finanzielle Rahmen unterschiedlich wahrgenommen bzw. auch an unterschiedlichen Aspekten festgemacht. Im Folgenden wird versucht, diese Aspekte zu Gruppen zusammenzufassen.

3.2.1. Ein allgemeiner Knappheitsdiskurs

Auf einer sehr allgemeinen Ebene wird der enger werdende finanzielle Rahmen daran festgemacht, dass die TeilnehmerInnen in unterschiedlichsten Kontexten mit dem Thema Knappheit konfrontiert werden.

Es wird ein grundsätzliches Klima des Sparens, des Betonens knapper Budgets und fraglicher Finanzierbarkeit beschrieben. Von offizieller Seite werde festgestellt, dass nur mehr Pflichtleistungen erbracht werden können. Die zuständigen Beamten würden ständig auf das knappe Budget hinweisen oder höchste Landesbeamte würden mit „Verteilungswettkampf, Priorität der Älteren etc.“ argumentieren.

In ähnlicher Weise wird auf eine verstärkte Konkurrenz um weniger Ressourcen verwiesen und festgestellt, dass die Verteilungskämpfe härter würden. Dies wird sowohl auf der Ebene konkreter Einrichtungen beschrieben, die um Aufträge konkurrieren, wie auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebenen, wo sich z.B. viele Menschen um wenige Arbeitsplätze bemühen oder Einrichtungen mit Anfragen für Praktikumsplätze überhäuft würden.

3.2.2. Eine Dominanz der Finanzen

Der enger werdende finanzielle Rahmen drückt sich vielfach in einer Dominanz finanzieller Aspekte über inhaltliche aus. Beschrieben wird z.B. ein immer umfangreicher werdendes Controlling- und Berichtswesen, das den Raum für die Betreuungsarbeit immer weiter einschränke. Auch wenn bestimmten Zugängen oder Angeboten aus Kostengründen der Vorzug gegeben wird, manifestiert sich eine solche Dominanz der Finanzen über die Inhalte.

Im Bereich der öffentlichen Jugendwohlfahrtsträger wird dies öfter auch auf „Anweisungen von oben“ in finanziellen Belangen hingewiesen. Das reicht von „Dienststanweisungen, die den Einsatz von Jugendwohlfahrtsmaßnahmen reglementieren“ bis zu „Anweisungen der Finanzabteilung des Landes, Mittel in der Erziehungshilfe zu sparen und die prognostizierten Ausgaben nicht zu überschreiten“.

3.2.3. Konkrete Sparmaßnahmen

Beschrieben wird von den ExpertInnen aus ihrem jeweiligen Erfahrungsbereich aber auch eine Palette an konkreten „Sparmaßnahmen“. Diese betreffen Einschränkungen bei der Finanzierung von Leistungen, restriktiveres Vorgehen bei der Bewilligung von Maßnahmen aber auch Einsparungen im Personalsektor, Einschränkungen der Möglichkeiten für die Weiterentwicklung von Angeboten. Konkretes Sparen wird letztendlich festgemacht an Diskrepanzen bei an sich für sinnvoll erachteten Entwicklungen.

Einschränkungen bei der Finanzierung

Viele Antworten deuten darauf hin, dass Einschränkungen bei den für Leistungen zur Verfügung gestellten Mitteln spürbar werden. Öfters wird darauf hingewiesen, dass Tag- oder Stundensätze und Einzelhonorare nicht valorisiert würden. Darüber hinaus ist auch die Rede davon, dass Subventionen gekürzt oder gestrichen, Tagsätze reduziert oder Kostenzuschüsse für einzelnen soziale Dienste abgeschafft würden. Gesprochen wird von „Ressourcenminimierung im Rasenmäherprinzip“ und von „Kürzungen in allen Bereichen des Budgets“.

In diesem Kontext wird auch festgehalten, dass Genehmigungen für neue Projekte nur mehr schwer zu bekommen seien, für nötig und sinnvoll erachtete Projekte mangels ausreichender Finanzierung nicht durchgeführt werden könnten. Mehrfach wird auch angeführt, dass defini-

tive Finanzierungszusagen bzw. Gelder oft sehr spät kommen, was vor allem kleinere Einrichtungen bzw. Träger vor große Probleme stellt.

Restriktivere Bewilligungspraxis

Spürbar wird der Druck in einer veränderten, zurückhaltenderen, restriktiveren Bewilligungspraxis. Hier ist von Leistungseinschränkungen die Rede, d.h. davon, dass die Grenzen für die Gewährung von Leistungen enger gezogen werden. Konkret wird z.B. angeführt, dass einzelne Leistungen nur mehr maximal bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres genehmigt werden, oder dass nur mehr maximal zwei Dienste pro Familie bewilligt oder Betreuungsstunden gekürzt würden. Eine häufige Erfahrung scheint zu sein, dass Leistungen nur mehr für kürzere Zeiträume bewilligt und öfter überprüft werden.

Es wird aber auch angegeben, dass bestimmte Leistungen gar nicht mehr genehmigt werden. So wird z.B. davon gesprochen dass „Zusatzleistungen“ (wie Therapien, Erlebnispädagogik, Ferienangebote etc.) „zurückgefahren werden“. Angegeben wird auch eine Beschränkung auf Pflichtleistungen, die sich z.B. in einem drastischen Rückgang der Zuerkennung von Leistungen im Ermessensbereich manifestieren, z.T. würden sogar Pflichtleistungen gedeckelt. Im Zweifelsfall, so eine Aussage, gäbe es nur mehr für dringendste Hilfen (z.B. Fremdunterbringung) eine gesicherte Finanzierung.

Angeführt wird vereinzelt auch eine „härtere Rückführungspolitik“.

Mehrfach hingewiesen wird darauf, dass auf Bewilligungen oft lange gewartet werden müsse. Festgehalten wird u.a. auch, dass aus Kostengründen viele Maßnahmen gesetzt würden, die nicht greifen, so dass letztendlich in der stationären Unterbringung extrem schwieriges Klientel lande. Gesprochen wird in diesem Kontext von „Kompromissen und halbherzigen Lösungen“ und davon, dass Prävention hintangestellt würde.

Einsparungen beim Personal

Des öfteren wird auf Sparmaßnahmen im Personalbereich hingewiesen. Vor allem im Bereich öffentlicher Träger wird erwähnt, dass frei werdende Stellen nicht oder nur zögerlich nachbesetzt oder für nötig erachtete Personalaufstockungen nicht genehmigt würden. Neue Projekte würden nur genehmigt, wenn damit keine neuen Personalkosten verbunden seien.

Angeführt werden aber auch Einschränkungen bei der Bezahlung der MitarbeiterInnen von freien Trägern. Verwiesen wird z.B. auf Einschränkungen durch einen neuen Kollektivvertrag, oder es wird moniert, dass Personal zum Teil nicht ausbildungsadäquat entlohnt werde. Mehrfach hingewiesen wird auf Einschränkungen bei Supervision und Weiterbildung. Im Bereich des Pflegekinderwesens wird eine Stagnation der Professionalisierung festgehalten.

Kaum Spielraum für Weiterentwicklung

Wahrnehmbar wird der enge finanzielle Spielraum des öfteren auch in Einschränkungen für die Weiterentwicklung von Angeboten und Leistungen. Es ist die Rede davon, dass kaum oder gar kein finanzieller Spielraum für Weiterentwicklung vorhanden sei. Formuliert wird, dass neue Anforderungen, die sich aus der praktischen Arbeit ergeben und neue Ideen für sinnvolle und angepasste Angebote wegen aussichtsloser Finanzierung nicht weitergedacht werden könnten. Übergreifende Großprojekte würden nur auf taube Ohren stoßen und langfristige Konzepte hätten keine Chancen.

Diskrepanzen

Ein enger werdender finanzieller Spielraum wird letztendlich auch an Diskrepanzen festgemacht. Mehrfach wird auf strenge Qualitätskriterien, auf geforderte Transparenz und detaillierte Dokumentation hingewiesen und dabei gleichzeitig festgestellt, dass die Mittel für den steigenden Aufwand nicht zur Verfügung gestellt würden. In ähnlicher Weise werden von manchen Befragten aktuelle Einschränkungen und Normierungen von Leistungen für prinzi-

piell sinnvoll gehalten. Kritisiert wird aber, dass sich die Maßnahmen darauf beschränken und keine Investitionen in die nötigen Rahmenbedingungen für eine gute Umsetzung getätigt werden. Wenn die Ressourcen fehlen, Qualifikationen nicht ausreichend sind, die Zeit für Fallreflexion und Supervision nicht da ist und nötige weitere Investitionen in eine verbesserte Diagnostik und Forschung nicht mehr getätigt werden bleibt letztendlich der Eindruck, dass hier Maßnahmen primär um des Sparens willen gesetzt werden.

3.3. Ein Blick zurück – die Entwicklung der Angebote

In den bisherigen Befragungen wurde der enger werdende finanzielle Rahmen sowohl negativ wie auch positiv konnotiert. Als positiver Effekt des finanziellen Drucks wurde gesehen, dass er zu vielleicht überfälligen Anpassungen und zu bedarfsgerechteren und effektiveren Angeboten führt bzw. führen kann. Dem wollte die Steuerungsgruppe mit der Frage nachgehen, wie effektiv denn die Jugendwohlfahrt mit ihren Angeboten in den letzten Jahren auf die Bedürfnisse der KlientInnen reagiert hat. Konkret lautete die Frage: „In wie weit sind Ihrer Einschätzung nach in den letzten 5 Jahren effektive Antworten auf die Bedürfnisse der KlientInnen gefunden worden?“

Der Horizont des Rückblicks war in den Antworten sehr verschieden. Zumindest entstand der Eindruck, dass manche auf ganz aktuelle Entwicklungen Bezug nahmen, während andere möglicherweise auch über die letzten fünf Jahre hinausschauten.

Generell wird in den Antworten sehr häufig festgehalten, dass sich in den letzten Jahren sehr viel getan hat. Vor allem haben sich die Angebote stark erweitert und ausdifferenziert, Professionalisierungsbemühungen sind weiter fortgeschritten und Qualitätssicherungsmaßnahmen haben sich etabliert. Es werden aber auch Einschränkungen formuliert und manche der Befragten können in Bezug auf ihr Arbeits- oder Umfeld keinerlei positive Entwicklung in den letzten 5 Jahren festmachen.

3.3.1. Erweiterung und Ausdifferenzierung

Sehr breiten Raum nehmen Antworten ein, die darauf verweisen, dass sich die Angebote in den letzten Jahren stark ausdifferenziert haben und das Leistungsspektrum teilweise stark erweitert wurde. In manchen Antworten wird nur generell auf eine solche Erweiterung eingegangen. In anderen werden spezifische Entwicklungen genannt, wie z.B. der Ausbau mobiler Angebote, eine bessere Versorgung ländlicher Regionen, eine stärkere individuelle Anpassung von Angeboten, eine Erweiterung auch im stationären Bereich sowie der Ausbau niederschwelliger Angebote und ambulanter Dienste. Hingewiesen wird auf eine bessere Vernetzung der HelferInnen. Betont wird auch eine bessere - wenn auch noch ausbaufähige - Vernetzung von bestehenden Angeboten und Einrichtungen.

Inhaltlich habe sich in der Jugendwohlfahrt vieles verändert. Angeführt wird z.B. eine entwickelte Feedbackkultur und Selbstevaluation. Paradigmatische Veränderungen in Bezug auf das Verständnis von Problemen und eine höhere Reflexivität werden als positive Ansätze hervorgehoben.

Positiv angeführt werden die Zunahme von qualitätssichernden Maßnahmen und eine Erweiterung des sozialpädagogischen Denken und Handelns um die Perspektive einer Dienstleistungsorientierung. Betont wird von manchen eine zunehmende Professionalisierung. Positiv wird dem finanziellen Druck zugeschrieben, eine stärkere Zielorientierung, eine genauere Planung und Überprüfung von Maßnahmen forciert zu haben. Auch würden der enge finanzielle Rahmen zur Suche nach alternativen Lösungen drängen, statt Probleme nach dem Prinzip „mehr vom Selben“ zu lösen. Bedarfsplanung und mehr Klarheit über Angebot und Bedarf werden mehrfach positiv betont. Der Blick auf mögliche Überversorgung einzelner Personen, Gruppen oder Regionen werde geschärft oder überhaupt erst gemacht.

3.3.2. Einschränkungen

Neben den Hinweisen auf Erweiterungen und Ausdifferenzierungen wird von manchen Befragten kritisch einschränkend darauf verwiesen, dass die Möglichkeiten „passgenauer Hilfen“ nach wie vor beschränkt seien, einzelne Segmente (z.B. niederschwellige Angebote) aus Kostengründen bevorzugt würden, dass die Angebotsvielfalt manchmal auch verwirrend und unübersichtlich sei und den Zugang erschwere oder der Ausbau zwar weit fortgeschritten, aber noch keineswegs flächendeckend sei. Mehrfach wird auf regionale Unterschiede im Angebot hingewiesen, z.B. auf Unterschiede zwischen einzelnen Bundesländern oder zwischen verschiedenen Bezirken/Regionen eines Bundeslandes. Einzelne positive Einschätzungen der Entwicklung in den letzten Jahren wurden ergänzt durch die Feststellung, dass Angebote wieder eingeschränkt wurden bzw. z.B. durch die Herabsetzung der Volljährigkeit früher beendet werden müssen. In ähnlicher Weise wurden positive Entwicklungen in Bezug auf die Themen Partizipation oder auch Professionalisierung konstatiert, gleichzeitig aber dann angemerkt, dass aus Kostengründen vieles nicht mehr weitergegangen sei.

Von einzelnen werden Einschränkungen der Betreuungsmöglichkeiten durch einen erhöhten bürokratischen Aufwand angeführt. Auch die „Balancierung von Unter- und Überversorgung“ sei durch den ökonomischen Druck begrenzt und nicht mehr in Entwicklung.

Festgehalten wurde die Einschätzung, dass gemessen an den Kosten durchaus mehr Antworten gefunden werden hätten können, wobei vor allem die Reglementierungsmechanismen seitens der Behörden als zu einengend genannt werden.

Kritisch angemerkt wird vor dem Hintergrund der starken Ausdifferenzierung der Hilfen auch eine Verschiebung des Schwerpunktes der Arbeit von JugendamtssozialarbeiterInnen auf die Vermittlung externer Hilfen.

Manche TeilnehmerInnen konstatieren aus ihrem Erfahrungsbereich heraus allerdings auch, dass in den letzten Jahren keinerlei oder nur sehr eingeschränkte bzw. zögerliche Reaktionen auf veränderte Bedingungen sichtbar seien. Die Bedürfnisse der KlientInnen stünden nicht immer im Mittelpunkt. Komplizierte Umgangsweisen mit Fällen würden einen hohen Aufwand verursachen. Die Gruppe von Jugendlichen, für die es kein Angebot mehr gebe, würde größer.

Artikulierte wird in einer Antwort auch ein deutliches Defizit im Bereich interkultureller Arbeit, wo von der Jugendwohlfahrt noch keine geeigneten und zufrieden stellenden Antworten gefunden worden seien.

3.4. Große Träger haben's leichter

Im Kontext eines enger werdenden finanziellen Rahmens wurde des öfteren auch eine Tendenz zur Monopolisierung bei den freien Trägern angesprochen. Mit der Frage „Überleben wirklich nur die großen Träger oder sehen Sie auch andere Entwicklungen?“ wollte die Steuerungsgruppe den Einschätzungen der ExpertInnen weiter nachgehen.

Als Grundtendenz kann man ablesen, dass in der Einschätzung der befragten ExpertInnen die derzeitige Situation große Träger begünstigt, dass die Entwicklung aber keineswegs eindeutig ist. Von etwas mehr als einem Drittel der Befragten wird die in der Frage angesprochene Tendenz relativ eindeutig bejaht im Sinne von: das ist so, das wird so werden oder das ist zu befürchten. Nicht ganz zwei Drittel sehen zwar zum Teil Vorteile für große Träger, verneinen aber eine Tendenz zur Monopolisierung im Sinne von: das trifft nicht zu, das hängt von den Anforderungen ab, es gibt auch für kleine eine Chance oder ähnliches.

3.4.1. Große Träger haben Vorteile

Die Einschätzung, dass die derzeitige Situation große Träger begünstigt und kleinere tendenziell gefährdet wird von nicht wenigen ExpertInnen grundsätzlich geteilt. Größe, Bekanntheitsgrad und eine teilweise Finanzierung durch Spendengelder werden als Gründe genannt. Bessere Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit, höhere Akzeptanz und mehr Vertrauen tragen zu verbesserten Positionen in den Verhandlungen bei. Der Markt habe derzeit keine „fairen“ Bedingungen (unterschiedliche Tagsätze). Große Träger würden auch unabhängig von der Breite des Angebotes überleben, während kleinere sich stärker von anderen differenzieren müssen um überlebensfähig zu sein. Große Träger seien auch eher in der Lage, z.B. Krankenkassen, Schwangerschaften etc. abzufangen, in Aus- und Weiterbildung oder auch in die Infrastruktur zu investieren.

Politische Kontakte werden von manchen als wichtig eingeschätzt und kritisch als Vorteil für große Träger angemerkt.

Geringere Verwaltungskosten großer Träger werden aber als unzutreffend zurückgewiesen. Schwierig sei es für kleinere Träger vor allem, für eine langfristige Absicherung zu sorgen, da Rücklagen nicht mitfinanziert würden. Erwähnt werden öfters unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten durch unterschiedliche Tagsätze, die auf eine stärkere Verhandlungsposition großer Träger zurückzuführen sind, oder die Schwierigkeit für kleinere Träger, Unklarheiten bezüglich Förderansuchen auszuhalten oder späte Auszahlungen von Geldern abzufordern. Vor allem für kleinere Privatinitiativen mit geringem finanziellen Background wird ein Problem darin gesehen, dass schon viel Geld und Energie investiert werden muss, um überhaupt erst einmal bekannt zu werden.

In manchen Antworten wird darauf hingewiesen, dass die zur Zeit offenbar vorhandene hohe Finanzierungsunsicherheit auch großen Trägern zu schaffen mache und dass auch große Träger aus Kostengründen den Ausstieg aus einzelnen Angeboten überlegen würden.

3.4.2. Es gibt Möglichkeiten für kleine Träger:

Zwar wird angegeben, es sei für kleinere Träger zunehmend schwierig in den „Markt“ einzusteigen, dennoch werden für innovative und strukturell bzw. finanziell schlanke Träger gute Chancen gesehen. In der Regel werden die Chancen kleiner Träger eher in aktuellen Nischenangeboten und in einer Spezialisierung gesehen. Als Bedingungen für das „Überleben“ kleinerer Träger werden formuliert: Zusammenarbeit, Beziehungspflege, Synergien nutzen, kurz Netzwerken. Angeregt wird z.B. die Bildung von Clustern, die gemeinsam Verwaltung und Sachaufwand und ev. Sponsoring und Werbung abdecken könnten.

Die Möglichkeiten kleiner Träger werden von manchen ExpertInnen verknüpft mit der Frage, wie weit von der Politik anderes als bewährte große Träger zugelassen bzw. gefördert werden. So könnten Pilotprojekte kleinen Trägern eine Chance geben. Formuliert wird, dass Normkostenmodelle für gleiche Bezahlung bei gleicher Leistung sorgen und damit auch kleine Träger stützen. Als Hoffnung wird formuliert, dass das Kriterium Sicherheit von großen Trägern bald durch Evaluierungsergebnisse abgelöst wird.

Insgesamt wird also zwar eine Tendenz wahrgenommen, die große Trägern bevorteilt, aber festgehalten, dass es letztendlich von den jeweiligen Anforderungen abhängt und in vielen Bereichen ein Nebeneinander von kleinen wie großen Trägern möglich sei.

In einer Mehrzahl der Antworten werden große Träger mit „Bewährtem“ und „Sicherheit“ verknüpft, während „Innovatives“ eher mit kleineren Trägern verbunden wird. Großen Trägern wird auch eine größere Trägheit (d.h. eine innovationshemmende Gesamtorganisation) zugeschrieben, während kleinen Trägern eher Flexibilität zugeordnet wird. Aber es macht den Eindruck, dass die Herausforderungen der Zeit sowohl große wie kleine Träger fordert. Einer der ExpertInnen formulierte, dass auch große Träger bedarfsgerechte Angebote machen bzw. entwickeln und flexibel reagieren können müssen, so wie auch kleine Träger Kontinuität gewährleisten können müssen.

Konkurrenz wird letztendlich von vielen der Befragten auch im Sozialbereich als förderlich, belebend etc. empfunden und eine gewisse Breite und Vielfalt der Angebote befürwortet.

3.5. Schlussfolgerungen

Die TeilnehmerInnen sollten in Bezug auf ihre Einschätzungen auch angeben, welche Schlüsse sie daraus ziehen, für sich persönlich, für ihren Arbeitsbereich, in Bezug auf ihre KlientInnen und letztendlich auf die Jugendwohlfahrt im Gesamten. Auch diese Antworten haben sich zum Teil stark unterschieden. Während von manchen Befragten dramatische Entwicklungen befürchtet werden, fokussieren andere stärker auf mögliche positive Aspekte. Dies dürfte u.a. mit der jeweiligen Position der einzelnen Befragten zu tun haben, sicherlich aber auch damit, wie unterschiedlich betroffen die jeweiligen von Sparmaßnahmen, finanziellen Einschränkungen oder der Entwicklung der Trägerlandschaft sind.

Im Hintergrund aller Fragen stand als Ausgangspunkt die Annahme eines enger werdenden finanziellen Rahmens und deren mögliche Auswirkungen. Die zu den einzelnen Fragen formulierten Schlussfolgerungen überlappten sich daher stark. Um Wiederholungen zu vermeiden, werden die Antworten hier zu einem eigenen Abschnitt zusammengefasst.

Bei den Schlussfolgerungen zum ersten Fragenkomplex waren Äußerungen deutlich dominierend, die auf Einschränkungen und negative Entwicklungen hinweisen bzw. solche befürchten. Einzelne verweisen auf positive Aspekte und öfters wird in den Schlussfolgerungen darauf fokussiert, welche Handlungsmöglichkeiten angesichts der angespannten finanziellen Situation gesehen werden. Auch im Rückblick auf die letzten fünf Jahre werden von einigen TeilnehmerInnen positive Schlüsse gezogen, häufiger jedoch werden negative Tendenzen artikuliert. Es werden aber auch Handlungsperspektiven aufgezeigt, nötige Aktivitäten benannt oder Wünsche geäußert.

Vor dem Hintergrund ihrer Einschätzung der Trends in Bezug auf große und kleine Träger zog etwa ein Drittel der Befragten eher pessimistische Schlüsse. Cirka zwei Drittel der Antworten präsentieren sehr pragmatische Überlegungen, was zu tun wäre, was notwendig oder wünschenswert wäre, was gemacht werden sollte oder worauf man achten sollte. Vereinzelt wurden vorsichtig optimistische Einschätzungen abgegeben, dass aktuelle Entwicklungen in der Lage seien, einige Probleme zu lösen.

3.5.1. Einschränkungen und negative Entwicklungen

Insgesamt kann festgehalten werden, dass in den Schlussfolgerungen der ExpertInnen sehr häufig negative Entwicklungen befürchtet werden. Diese beziehen sich auf unterschiedliche Bereiche.

Einschränkungen bei den Angeboten sind zu erwarten

Einschränkung bei den Angeboten und Leistungen werden sowohl in quantitativer wie auch qualitativer Hinsicht befürchtet. In quantitativer Hinsicht wird z.B. moniert, dass Angebote nicht mehr gehalten werden oder nicht sinnvoll ausgebaut werden könnten. Aufgrund zu geringer finanzieller Spielräume müssten Prioritäten gesetzt werden, was zur Folge hätte, dass nötige Angebote nicht erstellt werden könnten und bei bestehenden Angeboten die Wartelisten länger würden. Vor allem in den Bereichen Prävention und Intensivbetreuung „sehr schwieriger Kinder und Jugendlicher“ würden die Kosten oft notwendigen Angeboten entgegenstehen. Befürchtet wird u.a. auch, dass die psychosoziale Versorgung zunehmend zu einer Privatsache werde bzw. sich auf dem Niveau einer Basisversorgung einpendelt.

Kritisch festgehalten wird die Tendenz einer Art „Negativauslese“, da das Augenmerk primär darauf gerichtet wird, was nicht (mehr) benötigt wird und nicht darauf, was es brauchen würde.

Mehrfach wird in den Antworten darauf hingewiesen, dass der enger werdende finanzielle Rahmen dazu führen wird, dass Angebote nicht so bedarfsgerecht gestaltet werden könnten, wie es nötig wäre. Einschränkungen bei Angeboten und Qualität seien die logische Entwicklung und die Spielräume in der Betreuung würden zunehmend eingeschränkt. Auch aufgrund der Finanzierungsmodalitäten werde das Angebot zwangsläufig weiter zurückgehen, da Ein-Jahresprojekte nur bedingt sinnvoll seien und daher eingestellt würden.

Der Stellenwert des Klientels habe sich verschlechtert. Nach wie vor, oder aufgrund des Kostendrucks wieder stärker, müssten die KlientInnen an die Hilfen angepasst werden und nicht umgekehrt. In diesem Kontext wird aber auch eine zu starke Differenzierung und Spezialisierung von Angeboten angeführt. Aus primär finanziellen Überlegungen entwickelte Systeme seien außerdem oft unflexibel und würden längerfristig meist höhere Kosten verursachen. Personaleinsparungen erhöhten zudem den Druck in Richtung einer „Uniformierung“ von Hilfen.

Der finanzielle Druck fördert die Monopolisierung und gefährdet die Entwicklung

Ausgehend davon, dass der enger werdende finanzielle Rahmen große Träger bevorzugt, wird z. B. erwartet, dass in den nächsten Jahren die Monopolstellung einzelner großer freier Träger ausgebaut werde und die Steuerung und Planung der öffentlichen Hand unter zunehmenden Druck gerate. Befürchtet wird, dass die Konzentrationsprozesse Innovation, Kreativität und Weiterentwicklung gefährden und dass das vorhandene Potential („Menschen mit viel Engagement, Kompetenz und Fantasie“) nicht entfaltet werden könne, weil es an der Finanzierung scheitert.

Formuliert wird z.B. auch, dass der Druck größer werde, da aufgrund des geringen Wachstums der Branche sich „die Träger um jedes neue Projektchen raufen werden“. Kleine Träger würden „abgesägt“, große würden vermehrt die Kooperation mit der Privatwirtschaft suchen. „EinzelkämpferInnen“ (EinzelbetreuerInnen, TherapeutInnen) überlegen mittelfristig einen Ausstieg aus dem Bereich der Jugendwohlfahrt.

Innovation wird gebremst

Als Konsequenz der eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten wird gesehen, dass Innovation gebremst wird, die Suche nach neuen Antworten eingeschränkt und die Motivation in der Arbeit wie auch in der Entwicklung neuer Projekte gedrückt wird. Auf gesellschaftliche Entwicklungen und daraus entstehende Anforderungen könne kaum reagiert werden.

Festgestellt wird z.B., dass mehr um den Erhalt von bisher Erreichtem gekämpft werden müsse. Die Verunsicherung auf allen Ebenen führe zu einer Verringerung des Engagements beim Planen neuer Initiativen. Nötige Adaptierungen der Angebote erfolgten aufgrund der Kosten zu langsam und zu träge. Einschränkungen in Bezug auf die Weiterentwicklung werden z.B. auch darin gesehen, dass in Forschung kaum mehr investiert würde und im Vergleich mit vergangenen Jahren auch Qualitätseinbußen in Bezug auf die Jugendwohlfahrtsplanung in Kauf genommen würden.

Belastungen steigen

Hingewiesen wird verschiedentlich auf bereits wahrgenommene oder befürchtete erhöhte Belastungen für die MitarbeiterInnen, aber auch insgesamt höhere Belastungen für freie Träger. Befürchtet wird ein noch weiter steigender Verbrauch an Ressourcen für administrative Tätigkeiten, der zu Lasten der Betreuungsarbeit geht. Festgestellt wird auch, dass zur Sicherung der Finanzierung ein immer größerer Aufwand betrieben werden müsse. In immer größerem Umfang würden Konzepte, Argumente, Dokumentationen und Nachweise verlangt, immer mehr Zeit müsse in Verhandlungen investiert werden.

Vertrauen geht verloren

Vor dem Hintergrund verschiedener Einschränkungen werden Verunsicherungen und Vertrauensverluste auf Seiten der KlientInnen befürchtet, die zu Schwierigkeiten in der Betreuung führen können oder dazu, dass KlientInnen, die eine Unterstützung bräuchten, erst gar nicht kommen. Es wird z.B. auch festgehalten, dass die Kooperationsbasis mit den SystempartnerInnen beeinträchtigt werden kann, wenn Situationen von KlientInnen dem öffentlichen Jugendwohlfahrsträger gegenüber dramatischer dargestellt werden müssen, um eine Finanzierung zu bekommen.

Negative Entwicklungsdynamiken sind zu erwarten

Befürchtet wird von manchen ExpertInnen eine Verstärkung negativer Entwicklungsdynamiken. Aufgrund geringer finanzieller Möglichkeiten würden zu wenig präventive Maßnahmen gesetzt. Festgestellt wird eine Zunahme an „schwierigeren Fällen“. Aus finanziellen Erwägungen würde zu lange auf falsche oder nicht ausreichende Maßnahmen gesetzt mit der Folge, dass das Scheitern von Betreuungsverläufen häufiger werde.

Die Rolle der Sozialen Arbeit verändert sich

Befürchtet werden letztendlich auch Veränderungen in Bezug auf die Rolle der Sozialen Arbeit. Die Rede ist von einer sich abzeichnenden Verkürzung des gesamtgesellschaftlichen Auftrages, einer Reduzierung der Sozialen Arbeit auf eine Feuerwehrfunktion und von einer Tendenz, dass KlientInnen zunehmend wieder in die Rolle von BittstellerInnen und AlmosenempfängerInnen geraten. Als Pendant dazu wird eine Zunahme „obrigkeitlicher Umgangsformen“ befürchtet. Es wird auch die Sorge geäußert, dass die sozialpädagogischen Arbeitsfelder an den Rand gedrängt und nicht mehr als gesellschaftliche Aufgabe gesehen werden. Bedingt durch eine Reduktion sozialer Dienste aus Kostengründen, wird eine Veränderung der Rolle der SozialarbeiterInnen bemerkt, die wieder mehr zu „MacherInnen werden, die für die Bevölkerung organisieren“.

3.5.2. Positive Aspekte:

So lange der finanzielle Druck nicht zu groß ist, kann er durchaus positiv gesehen werden im Sinne eines Drucks zu finanzieller Selbstdisziplin, die an sich sinnvoll und wünschenswert sei. Der finanzielle Druck dränge auch zu mehr Qualitätssicherung und Evaluation, um den Standards entsprechen zu können und Argumentationshilfen zu haben.

Es würden aufgrund des finanziellen Drucks durchaus sinnvolle Adaptierungen gemacht, der Blick auch auf den Aspekt möglicher Überversorgung gerichtet. Manche „Zweigleisigkeiten“ seien sichtbar geworden. Angebote müssten nun besser aufeinander abgestimmt werden, mehr Klarheit nach innen und nach außen seien notwendig geworden und Angebote würden letztendlich besser auf die KlientInnen abgestimmt. Leistungen, Erfolge bzw. Zielerreichung müssten mehr nachgewiesen werden.

Letztendlich nötige ein enger werdender finanzieller Rahmen auch dazu, manchmal gewohnte Sichtweisen und Vorgangsweisen zu überdenken und lasse so manchmal erst andere Möglichkeiten oder Ressourcen ins Blickfeld kommen. Im Blick auf die letzten 5 Jahre wurde z.B. angeführt, der Kostendruck habe *auch* zur Suche nach kreativen Ansätzen gedrängt

3.5.3. Handlungsperspektiven

Neben einer Vielzahl an Befürchtungen wurden in vielen Antworten auch Perspektiven gesehen bzw. Handlungsmöglichkeiten beschrieben. Es werden aber auch „Bedarfe“ formuliert.

Mehr Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

Aus den Einschätzungen wird z.B. abgeleitet, dass mehr Zusammenarbeit, Vernetzung und mehr offener Austausch etc. wichtig wären. Mehr Öffentlichkeitsarbeit, eine stärkere öffentliche Thematisierung der Probleme und ein verstärktes Lobbying für Kinder, Jugendliche und deren Familien aber auch für die Träger der Jugendwohlfahrt wird als nötig erachtet. Festgestellt wird, dass Problemlagen nach wie vor „individualisiert“ würden und nötige Systemänderungen nur schleppend passieren. Reaktionen gebe es am ehesten bei medial problematisierten Einzelfällen.

Mehr Reflexion, Evaluation und Forschung

Gefordert bzw. für nötig erachtet wird auch mehr offene Auseinandersetzung und Selbstreflexion. Genannt wird u.a. ein Bedarf an Effektivitätserhebungen und an ehrlicher Reflexion über die Effektivität von Hilfen. Bestehende Angebote sollten kritisch hinterfragt werden. Begleitende Evaluierung wird für sinnvoll erachtet, auch mit der Fragestellung, ob sich die durch Sparmaßnahmen forcierten Qualitätssicherungsprozesse positiv auf Inhalte und Outputs Sozialer Arbeit auswirken. Auch mehr rechtswissenschaftliche Auseinandersetzung sei nötig. So wie gefordert wird, bestehende Konzepte und Angebote zu hinterfragen, so wird auch für sinnvoll erachtet zu fragen, wo die Grenzen der Jugendwohlfahrt seien.

Weiterentwicklung von Angeboten

Des öfteren werden Perspektiven in Bezug auf die Gestaltung der Angebote angesprochen. Die Aussagen in diesem Kontext gehen ein Mal in Richtung einer veränderten Schwerpunktsetzung, wobei in der Regel von Vorsorge und Frühintervention gesprochen wird. Hingewiesen wird z.B. dann auch auf spezifische Lücken im Angebot wie das Fehlen von differenzierteren Angeboten im ländlichen Raum, vor allem für Jugendliche (die nicht mehr zu Hause wohnen wollen/können).

Des öfteren wird eine Weiterentwicklung der Angebote und Leistungen erwähnt, vor allem im Hinblick darauf, die Angebote noch stärker auf die Bedürfnisse der KlientInnen zuzuschneiden, die Angebote zielorientierter zu gestalten und Abläufe zu optimieren. Für die freien Jugendwohlfahrtsträger wird als Entwicklungsperspektive z.B. festgehalten, sie müssten ihre Organisation flexibler gestalten, pragmatisch Schwerpunkte setzen und sich Nischen suchen. Auch bei einer pessimistischen Einschätzung der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung wird auf eine „Weiterentwicklung auf kleinräumiger Ebene“ gesetzt.

Eine breite Trägerlandschaft ist wünschenswert

Mehrfach wird in den Schlussfolgerungen auf die Gefahr von Konzentrationsprozessen und Kartellbildungen hingewiesen und die Vorteile einer breiten Trägerlandschaft betont. Alles beherrschende Träger werden abgelehnt – zu viel Macht in den Händen von Wohltätern habe noch nie gut getan. Wettbewerb solle zugelassen werden, Konkurrenz mache kreativ, die Angebotsvielfalt belebe die Jugendwohlfahrt und bringe Veränderungen, die sich positiv auf Qualität auswirken.

Von manchen wird erwartet, dass die öffentlichen Träger hier entsprechend mitsteuern, aus strategischen Gründen und um Abhängigkeiten zu vermeiden. Formuliert wird in einer Antwort auch das Bekenntnis, dass von Seiten der öffentlichen Hand zwar eine überschaubare Landschaft gewünscht sei, aber keine Monopole. Optimistisch wird in einer Antwort für die Steiermark festgehalten, dass die Entwicklung in die Richtung von mehr Markt gehe und die Regelungen auch kleineren Firmen den Zugang ermöglichen, so dass es ein Nebeneinander von großen und kleinen Trägern geben werde.

In mehreren Antworten wird eine Veränderung der Subventionslandschaft bzw. der Finanzierungsmodalitäten gefordert, um kleinere Träger nicht in ihrer Existenz zu gefährden. Profes-

sionelle Evaluation und Qualitätssicherung werden als Kriterien für Weiterexistenz und Weiterentwicklung genannt. Für die Bewertung sollten nicht nur Kostenfaktoren eine Rolle spielen.

Realistisch wird von manchen ExpertInnen aber auch konstatiert, dass z.B. in einigen Jahren nicht mehr alle derzeitigen Träger dabei sein werden.

Es braucht Flexibilität, Zusammenarbeit und Respekt

Als ein entscheidendes Kriterium für die Zukunft wird die Flexibilität, auf neue Gegebenheiten zu reagieren, gesehen, verbunden mit dem Mut, „Dinge auch ganz anders zu machen“. Nischen sollen gefunden und besetzt werden. Dies gilt für große wie für kleine Träger. In diesen Kontext passen auch Äußerungen wie die, dass alle (öffentliche wie freie Träger) ihre bisherigen Konzepte überdenken müssen. Spezialisierung werde für kleine Träger ein wesentliches Kriterium sein, dazu bräuchte es noch „eine schlanke Verwaltung, gutes Personalmanagement, klare Konzepte und hohe CI“. Als wichtig betont wird die „Erhaltung der Innovationskraft und Motivation der MitarbeiterInnen“.

Gefordert wird mehr fachlich inhaltlicher Diskurs zwischen den freien Trägern anstelle von machtpolitischen Diskurs, es brauche die Schaffung von tragfähigen Netzwerken zu Politik, Verwaltung und Wissenschaft.

Neben der Flexibilität wird als Kriterium für die Zukunft formuliert, wie es den Trägern gelingt, sich in Netzwerken zu bewegen. Mehrfach betont wird die Zusammenarbeit kleinerer Träger untereinander (z.B. in der IGSWG) und mit den Großen. Wichtig sei es, sich noch besser zu vernetzen, Vernetzungsgremien zu fördern, um gemeinsam agieren zu können.

Eine Symbiose von groß und klein und enge solidarische Zusammenarbeit sei wünschenswert und gegenseitiger Respekt und gegenseitige Wertschätzung wichtig.

Große Träger haben Vorteile, z.B. können sie den MitarbeiterInnen mehr Sicherheit bieten. Kleinere Träger überlegen daher als realistische längerfristige Perspektive den Anschluss an eine große Organisation um Kontinuität der Einrichtung und der Betreuung zu sichern.

Engagement ist gefragt

In Bezug auf die Menschen, die im Bereich der Jugendwohlfahrt arbeiten, wird resümiert, dass wohl mehr persönliches Engagement und mehr Kreativität benötigt werde, um den Einschränkungen zu begegnen. Konstatiert wird die Notwendigkeit von vermehrter privater Initiative und das Erschließen von Finanztöpfen anderer Ressorts. Mehr Effizienz wird ebenso für nötig erachtet wie das Sich-einstellen auf Einschränkungen.

In einer Antwort wird aber auch große Hoffnung in die Kreativität und noch bestehende Haltung der Menschen gesetzt. Und letztendlich werden als Schlussfolgerungen auch formuliert: „Nicht verzweifeln und gute Arbeit machen!“, „Nie aufhören an das Gute zu glauben und nach Besserem zu suchen“ oder die Entscheidung, sich weiterhin aktives persönliches in Gremien und Arbeitsgruppen zu engagieren, um Lobbying für die „Kleinsten“ zu machen.

Professionelles Personal

Betont wird in mehreren Antworten die Notwendigkeit von qualifizierter Aus- und Weiterbildung und gefordert, Widerstand gegen Entprofessionalisierungstendenzen zu leisten. Es gelte die Qualität der Arbeit zu sichern durch gut ausgebildete Menschen, die unter guten Rahmenbedingungen ihre Arbeit tun können.

Neue Steuerungsmodelle

Neue Konzepte der Steuerung scheinen aktuell in der Steiermark Thema zu sein. Es finden sich einige Antworten, die darauf Bezug nehmen. Optimistisch wird z.B. festgehalten, dass sich neue, viel versprechende Steuerungsebenen herauskristallisieren, von anderen wieder

werden neue Managementkonzepte, eine neue Vereinbarungskultur zwischen 1. Instanz und freien Trägern oder ein passendes Management gefordert, das Sozialer Arbeit die nötigen Rahmenbedingungen schafft.

Appelle an Politik

Letztendlich finden sich in den Schlussfolgerungen auch Appelle an die politischen Entscheidungsträger – entweder sehr allgemein in der Form, die Politik sei gefordert, da das Klientel sich ändere, die Jugendwohlfahrt aber nicht, oder konkreter, wie in dem Vorschlag einer elternhausunabhängigen Grundsicherung bis zum 27. Lebensjahr.

4. Die Antworten quer gelesen – ein Stimmungsbild

Nach der beschreibenden Zusammenfassung der Antworten wurde in einem zweiten Schritt versucht, diese noch ein Mal „quer zu lesen“. Hierzu wurden alle Antworten darauf hin strukturiert, wo sie – unabhängig von der Frage – Einschätzungen in Bezug auf die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft darstellen. Diese wurden dann auch noch darauf hin untersucht, wie weit sie grundsätzlich positive oder negative Aussagen bzw. Einschätzungen beinhalten. Insgesamt wurde versucht, auf diese Weise ein Stimmungsbild in Bezug auf die Entwicklung der Jugendwohlfahrt zu gewinnen.

4.1. Die Entwicklung in den letzten Jahren

Betrachtet man die Aussagen der ExpertInnen, die sich auf die Entwicklungen in der Vergangenheit beziehen, dann entsteht folgendes Bild:

Entwicklungen werden beschrieben, von Ausdifferenzierung und Ausweitung der Angebote ist die Rede, die Qualitätssicherung wurde ausgebaut, die Professionalisierung ist vorangeschritten, aber meistens folgt dann eine Einschränkung. Die Entwicklung ist nicht mehr weitergegangen, das Angebot wurde ausgeweitet, aber es ist noch nicht ausreichend, die Ausdifferenzierung hat auch negative Aspekte, die Innovation stagniert usw. Positive wie negative Einschätzung halten sich weitgehend die Waage. Die Entwicklung der letzten Jahre wird von vielen kritisch betrachtet, aber grundsätzlich positiv gesehen. Bei den Schlussfolgerungen, die die Befragten in der Folge aus ihren Einschätzung ziehen, dominieren dann hauptsächlich negative Einschätzungen und es wird in vielen Bereichen ein Entwicklungsbedarf festgestellt. Den Grundtenor der Aussagen zu der Entwicklung in den letzten Jahren könnte man in dem Satz fassen: „Es hat sich viel getan, aber“

4.2. Die aktuelle Situation

Die aktuelle Situation wird von den meisten sehr kritisch betrachtet. Versucht man, aus den Antworten die auf die aktuelle Situation fokussieren, einen Grundtenor herauszufiltern, dann könnte man dafür die Formulierung eines/r BefragungsteilnehmerIn nehmen: „Es ist keine Zeit des Aufbruchs“.

Es gilt eher, bisher Erreichtes zu bewahren. Die Konkurrenz unter den Anbietern von Jugendwohlfahrtsleistungen nimmt zu, Weiterentwicklung und Innovation sind schwierig. Gesamtgesellschaftlich wird eine stärkere Segregation der Gesellschaft sichtbar, die Kluft zwischen Armen und Reichen wird größer. Exklusionstendenzen verstärken sich bzw. im gesellschaftlichen Diskurs werden Unterschiede und Konflikte häufiger in Richtung Exklusion gedacht – ob es sich nun um ethnisch-kulturelle Unterschiede handelt, um Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen oder ob es um die Frage der Anpassung an gesellschaftliche Normen geht.

Befürchtet wird eine Zunahme an Bedarf für Unterstützungsleistungen durch die Jugendwohlfahrt aufgrund verschiedener gesellschaftlicher Entwicklungen und gleichzeitig eine Reduktion auf eine Basisversorgung, eine Verkürzung des gesellschaftlichen Auftrages bzw. eine Tendenz, dass die psychosoziale Versorgung wieder zunehmend zu einer Privatsache wird. Konstatiert wird ein Mangel an präventiven Angeboten.

Insgesamt entsteht der Eindruck, dass sich in den letzten Jahren vieles getan hat, dass aber dieser Prozess zur Zeit schwer unter Druck gekommen ist.

4.3. Perspektiven: Wohin könnte oder sollte es gehen

Im Blick auf die zukünftige Entwicklung werden manchmal vorsichtig optimistisch positive Entwicklungen konstatiert, manchmal klingt im Gegenteil aber auch eine fatalistisch-depressive Stimmung durch. Über weite Strecken wird aber sehr viel Pragmatismus sichtbar, werden angesichts von finanziellem Druck, Eingrenzungen, Belastungen etc. Möglichkeiten des Weiterarbeitens gesehen und festgehalten. Als Grundtendenz könnte man formulieren: „Viel Engagement, gepaart zum Teil mit Fatalismus, mit etwas vorsichtigem Optimismus und mit viel Pragmatismus.“

Inhaltlich entsteht der Eindruck, dass die Zukunft viel Flexibilität von allen fordern wird und dass es Offenheit, inhaltliche Auseinandersetzung, Kooperation und Vernetzung braucht. Es ist viel von Veränderungen die Rede, von nötiger Innovation und Weiterentwicklung und davon, neue Wege zu beschreiten. Gleichzeitig wird aber auch Kontinuität für wichtig gehalten.

Als zentrale Themen könnte man herausstreichen:

- Vernetzung auf allen Ebenen, neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit, gleichzeitig der Appell an die Sinnhaftigkeit von Vielfalt und Buntheit der Trägerlandschaft, der Wunsch nach gegenseitiger Wertschätzung.
- Flexibilität ist ein zentraler Begriff, sowohl als Forderung an die freien Träger beim Finden von Nischen wie auch bei der Angebotsgestaltung und der konkreten Betreuungsarbeit. Flexibilität ist auch der Gegenbegriff zu einer zum Teil als problematisch empfundenen „Spezialisierung“. Mehr Flexibilität wird auch gefordert bei der Finanzierung von Jugendwohlfahrtsleistungen – sowohl im Sinne eines Hinterfragens von Budgettöpfen und -grenzen wie auch im Sinne der Ermöglichung von mehr Flexibilität durch entsprechende Finanzierungsmodalitäten.
- Inhaltliche Auseinandersetzung: ernsthaft inhaltliche Auseinandersetzung als Basis für die Zusammenarbeit, aber auch ein grundsätzliches Überdenken und in Frage stellen der bisherigen Angebote, Konzepte, Arbeitsansätze und Qualitätssicherungsmaßnahmen. Ernsthaft überdacht gehören auch bisherige Abgrenzungen von Budgets, Finanzierungsmöglichkeiten, Subventionspraxis, Finanzierungsmodi, Schwerpunktsetzungen und Abgrenzungen zu anderen Themenbereichen oder gesellschaftlichen Feldern, die letztendlich für die Jugendwohlfahrt relevant sind.
- Letztendlich scheint das Thema „Engagement“ ein zentrales zu sein – einerseits wird häufig daran appelliert, mehr Engagement wird für nötig erachtet oder es wird gefordert, dass dem Engagement und der Kreativität wieder mehr Raum zur Entfaltung gegeben werden müsste. Ein Potential ist vorhanden.

5. Ausblick

Vernetzung, Offenheit für Veränderung und Flexibilität sind Themen, die nicht nur im Kontext eines enger werdenden finanziellen Korsetts bedeutsam werden, sondern die auch das Thema von Strukturen ansprechen, die als möglicherweise nicht mehr adäquat empfunden werden. Ausgehend von der bei der 2. Befragung sichtbaren Skepsis, ob die Jugendwohlfahrt die an sie gestellten Anforderungen unter den gegebenen strukturellen Bedingungen erfüllen kann, wird sich die ExpertInnenbefragung 2006 mit strukturellen Fragen beschäftigen. Dabei soll einerseits danach gefragt werden, wie die ExpertInnen aktuelle strukturelle Veränderungen in ihren Arbeitsfeldern wahrnehmen und welche sie für nötig erachten würden. Andererseits sollen die strukturellen Bedingungen anhand konkreter Anforderungen auf ihre Potentiale hin beleuchtet werden.

Anhang

Das Projekt JU-Quest: eine Kurzinformation



Powered by **SIEMENS**

Auf Initiative des Fachbereichs Pädagogik von SOS-Kinderdorf hat sich am 5./6. Juni 2002 in Eugendorf eine Gruppe von Fachleuten aus unterschiedlichen jugendwohlfahrtsrelevanten Arbeitsfeldern getroffen und ein neues Projekt aus der Taufe gehoben.

Mit „JU-Quest“ – so der gemeinsam gefundene Name – soll das Medium Internet genutzt werden, um

- ein neues Forum für die fachliche Diskussion über die aktuelle Situation und die zukünftige Entwicklung der Jugendwohlfahrt in Österreich zu schaffen
- eine intensivere Vernetzung der mit Jugendwohlfahrtsfragen befassten Fachleute zu ermöglichen und
- längerfristig eine umfangreiche Wissensbasis zu Jugendwohlfahrtsfragen aufzubauen.

Regelmäßig über das Internet durchgeführte ExpertInnen-Befragungen stellen die Grundlage für einen Überblick dar, welche Entwicklungen und Trends die gegenwärtige Situation der österreichischen Jugendwohlfahrt bestimmen und für die nähere Zukunft relevant sein werden. Die Ergebnisse werden auf einer eigenen Homepage veröffentlicht. Derzeit ist geplant, ein Mal pro Jahr eine Befragung durchzuführen und den TeilnehmerInnenkreis im Schneeballsystem kontinuierlich zu erweitern.

Ebenso ein Mal pro Jahr findet eine ExpertInnen-Konferenz statt, die Raum geben soll für eine intensivere Auseinandersetzung und das Knüpfen persönlicher Kontakte.

Für den Inhalt verantwortlich ist eine Steuerungsgruppe, die sich derzeit zusammensetzt aus:

- Dr. Andrea Holz-Dahrenstaedt, Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg
- Dorothea Klampfl MAS, Stadt Graz/Jugendwohlfahrtsplanung und Qualitätsmanagement
- Dr. Werner Leixnering, Oö Landesnervenklinik Wagner-Jauregg Linz
- Gerhard Mitter, Pro Juventute Soziale Dienste GmbH Salzburg
- Dr. Christian Posch, SOS-Kinderdorf/Fachbereich Pädagogik Innsbruck
- Univ.-Prof. Dr. Josef Scheipl, Institut für Bildungs- und Erziehungswissenschaft der Karl-Franzens-Universität Graz
- DSA Herbert Siegrist, Arbeitsgemeinschaft Noah Strengberg
- Univ.-Prof. Dr. Stephan Sting, Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung der Universität Klagenfurt
- Dr. Hedwig Träger, Kolleg für Sozialpädagogik in Stams
- Dr. Silvia Zabernigg, Pflegekinderdienst des Vorarlberger Kinderdorfes in Feldkirch

Detailliertere Informationen gibt es auf der Web-Site des Projektes unter:

<http://www.ju-quest.at>

Zum aktuellen Stand:

- Die erste Befragung wurde Mitte Oktober 2002 gestartet. Für die erste Befragung wurden österreichweit 60 ExpertInnen aus dem Jugendwohlfahrtbereich kontaktiert und gebeten, fünf offene Fragen zu aktuellen Entwicklungen in der Jugendwohlfahrt zu beantworten. Insgesamt 34 haben letztendlich geantwortet. Ein Bericht über diese erste Befragung wurde Ende Februar 2003 auf der Web-Site veröffentlicht.
- Aufbauend auf den Ergebnissen der ersten Befragung wurde eine zweite, stärker quantitativ orientierte Befragung konzipiert, die Mitte Juni 2003 gestartet wurde. Der Kreis der befragten ExpertInnen wurde im Schneeballsystem etwas erweitert auf insgesamt 70.
- Am 6./7. November 2003 fand die erste JU-Quest-ExpertInnen-Konferenz in Eugendorf bei Salzburg statt.
- Seit Oktober 2003 präsentiert sich ein weiteres Projekt über die Web-Site von JU-Quest: „JuRE“ beschäftigt sich mit Fragen der Rechtsentwicklung im Jugendwohlfahrtsbereich.
- Die dritte Befragung wurde im Juli 2004 durchgeführt.
- Am 2./3. Dezember 2004 fand in Eugendorf die zweite JU-Quest-ExpertInnenkonferenz statt.
- Die vierte Befragung wurde im Sommer 2005 durchgeführt.
- Die dritte JU-Quest-ExpertInnenkonferenz fand am 16./17. November 2005 statt.